André Poggenburg zum Kanzlerduell: "Verloren hat die Demokratie!"

Ohne Dissens

Magdeburg, 4. September 2017. Zum sogenannten Kanzlerduell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz sagte AfD-Bundesvorstandsmitglied, Landtagsfraktions- und Landesvorsitzender André Poggenburg heute:

"Die gestrige Vorstellung zur besten Sendezeit war so spannend wie ein Wiegenlied. ‚Gewonnen? hat keiner der beiden, verloren hat auf jeden Fall die Demokratie. Wenn zwei Kandidaten sich bei fast allen Themen einig sind, kann es keine demokratische Wahl für den Zuschauer geben. Hier ringt niemand um die besten Konzepte und Ideen. CDU und SPD schwimmen wie gewohnt im Einheitsbrei. Verloren haben nur unsere Wähler, weil sie keine Möglichkeit haben, eine echte Auswahl zwischen verschiedenen Positionen zu treffen. Mit solchen Schaustellern ist dieses Duell-Format mittlerweile völlig zum Einheits-Duett verkommen. Auch deshalb werden unsere Bürger am 24. September der AfD als einzig echter Alternative und Opposition eine starke Stimme bei der Bundestagswahl geben."

www.afdtelevision.de

Der AfD-Fragen-Marathon im TV-Duell
www.youtube.com/watch?v=qtLXqeQ1dTk

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild